

Beschluss
des 23. Parteitages der CDU Deutschlands
Verantwortung Zukunft

Verantwortung Zukunft

I. Präambel: Unsere Ziele für Deutschland

Die Christlich Demokratische Union ist die große Volkspartei der Mitte in Deutschland. Die Verantwortung für die Zukunft unseres Landes ist unsere Motivation: Ein Land, das seinen Bürgern Heimat ist und in dem der Staat für Recht, Sicherheit und Ordnung eintritt. Ein Land, das seinen Bürgern die Freiheit zur Entfaltung in der Gemeinschaft gibt und auf Eigeninitiative und Zusammenhalt angewiesen ist. Ein Land, in dem es keine Freiheit ohne Verantwortung gibt.

Deutschland ist das Land, das wir lieben und für dessen Zukunft wir Verantwortung übernehmen. Dabei leiten uns folgende Ziele:

1. Deutschland arbeitet mit Optimismus an seiner Zukunft. Wir haben in der Geschichte der Bundesrepublik viel erreicht. Das größte Glück unseres Landes ist die Wiedervereinigung, die unsere Nation friedlich zusammengeführt und getrennte Familien vereint hat. Daraus lernen wir, dass sich Haltung, Einsatz und Ausdauer durchsetzen und daraus schöpfen wir Kraft für die Zukunft. Wir begreifen technologischen Fortschritt und neue Ideen als Chancen. Für uns ist Wandel kein Selbstzweck, sondern bedarf guter Begründung. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die wertkonservativ und liberal, traditionsbewusst und zukunftsbegeistert ist, die die Verantwortung des Einzelnen und die Solidarität aller in Balance hält und die mit Optimismus in die Zukunft schaut und gemeinsam anpackt.

2. Deutschland ist ein Land der Familien. Familien sind die Keimzellen unserer freiheitlichen Gesellschaft. Für uns bleibt die Ehe das Leitbild der Gemeinschaft von Mann und Frau. Wo Familie ist, wird Verantwortung gelebt; wo Familie gelingt, gelingt auch das Gemeinwesen. Deshalb stehen wir ein für ein Land, in dem sich Frauen und Männer ohne Angst vor beruflicher Benachteiligung für ein Leben mit Kindern oder für die Pflege ihrer Eltern entscheiden. Wir stehen ein für ein Land, in dem in Familien verantwortungsvolle Menschen heranwachsen, die ihren Weg gehen und sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen. Wir stehen für ein Land, welches Leben schützt – vom Beginn bis zum Ende.

3. Deutschland ist ein Land der Möglichkeiten. Wir sind stolz auf die geistigen, kulturellen und handwerklichen Leistungen der Menschen in unserem Land. Die Kraft der Ideen und die Qualität ihrer Umsetzung hat die Industrienation Deutschland an die Weltspitze gebracht. Wir wollen daher ein Land sein, das seine Denker und Erfinder wertschätzt und alle, die sich engagieren fördert. Hier soll jeder die Chance auf Erfolg und Aufstieg haben und nach seinem persönlichen Glück streben können. Dafür ist Bildung von Anfang an der entscheidende Schlüssel. Wir sind ein Land mit bedeutender kultureller Tradition und einzigartiger Vielfalt. Kultur ist unverzichtbar für unsere Gesellschaft und eine zentrale Säule für das Gemeinwesen.

4. Deutschland steht für Freiheit und Sicherheit. In Deutschland leben die Menschen frei und sicher. Freiheit und Sicherheit sind Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Sie sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Sie stehen sowohl für ein Grundbedürfnis der Menschen als auch für eine Grundverpflichtung des Staates, den Schutz der Menschen vor Verbrechen, Gewalt und Extremismus zu gewährleisten. Dabei gilt für uns: Opferchutz geht vor Täterschutz.

5. Deutschland ist ein Land des Zusammenhalts. Hier werden Eigenverantwortung, Mitverantwortung und Gemeinsinn gelebt. Dazu gehört, dass starke Schultern mehr tragen als Schwache. Dazu gehört, dass diejenigen Unterstützung finden, die sie brauchen. Dazu gehört vielfältiges ehrenamtliches Engagement für unser Land. Auf diese Weise ist Deutschland mehr als das Geburtsland oder ein Aufenthaltsort. Deutschland ist Heimat und Teil unserer Identität. Unsere kulturellen Werte, geprägt durch das Erbe der Antike, die jüdisch-christliche Tradition, die Aufklärung und historischen Erfahrungen, sind die Grundlage für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und bilden die Leitkultur in Deutschland, der sich die CDU besonders verpflichtet weiß. Wir erwarten von denjenigen, die zu uns kommen, dass sie diese respektieren und anerkennen.

6. Deutschland ist das Land der Sozialen Marktwirtschaft. Diese Gesellschaftsordnung stellt den Einzelnen mit seinen Fähigkeiten und seiner Leistungsbereitschaft in den Mittelpunkt. Individuelle Entfaltung und soziale Verantwortung bedingen einander. Die Sozia-

le Marktwirtschaft verbindet wirtschaftliche Dynamik und sozialen Ausgleich. Harte Arbeit, Fleiß, Kreativität und die Bereitschaft zu unternehmerischem Wagnis führen jeden Tag zu Spitzenleistungen. Wir stehen für ein Land, in dem sich Leistung lohnt und das es jedem Einzelnen ermöglicht, aus seinen Begabungen und Fähigkeiten das Beste zu machen, sich dem Wettbewerb zu stellen und Besonderes zu leisten. Dabei lassen wir niemanden zurück und helfen denen, die ihr Leben nicht eigenverantwortlich gestalten können.

7. Deutschland wirtschaftet mit Weitblick. Es leistet einen wichtigen Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung. Wir betrachten es als unseren Auftrag, Ökonomie, Ökologie und Sozialpolitik in einem vernünftigen und ausgewogenen Miteinander weiterzuentwickeln. Wir stehen in der Verantwortung, künftigen Generationen ein lebenswertes Land zu übergeben: Mit einer wehrhaften Demokratie, mit hoher Lebensqualität, einer sauberen Umwelt und soliden Finanzen. Daher setzen wir uns für den nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen und den staatlichen Finanzen ein. Denn wir stehen für ein Deutschland, das nicht auf Kosten künftiger Generationen lebt. Wir setzen deshalb die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse konsequent um.

8. Deutschland ist auch 2030 eine der führenden Wirtschaftsnationen. Eine gute wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes ist die Grundlage für individuellen Wohlstand, den Fortbestand unserer bewährten sozialen Sicherungssysteme und eine gut ausgebaute Infrastruktur. Unser Ziel ist, diese starke Stellung im weltweiten Wettbewerb zu erhalten und auszubauen. Voraussetzungen dafür sind, dass trotz der Alterung unserer Gesellschaft, Erfindungsreichtum, Fortschritt und Innovation weiterhin Markenzeichen unseres Landes bleiben und wir Zukunftsmärkte für Deutschland erobern. Dabei setzen wir auch in Zukunft gerade auf das unternehmerische Engagement und die hohe Innovationskraft unseres starken Mittelstandes.

II. Herausforderungen dieses Jahrzehntes

– Verantwortung übernehmen statt wegducken –

Die CDU ist gewählt worden, um Deutschland klug aus der seit 60 Jahren schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise zu führen. In einer eindrucksvollen Gemeinschaftsleistung wurde dies erreicht. Deutschland ist heute erneut auf einem Wachstumskurs, um den uns andere Staaten beneiden. Darauf können die Menschen in unserem Land zu Recht stolz sein. Darauf darf auch die Christlich Demokratische Union stolz sein. Durch den ungeheuren Fleiß, den außerordentlichen Einfallsreichtum und den Gemeinsinn seiner Bürgerinnen und Bürger hat Deutschland alle Voraussetzungen, um gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen zu meistern. Deutschland hat eine großartige Perspektive, die wir gemeinsam gestalten wollen.

Wir stehen zu unserer Verantwortung. Unser Anspruch als CDU ist es, Regierungshandeln zu prägen, aber auch über den Tag hinauszudenken und Konzepte für eine gute Zukunft unseres Landes zu entwickeln.

1. Nachhaltiges Wirtschaften und Wachstum

– Soziale Marktwirtschaft statt Aktionismus –

Die Wirtschaft hat nicht zuletzt auf Grund ihrer starken industriellen Basis und gerade der Anstrengungen der zehntausenden kleinen und mittleren Unternehmen mit ihren Beschäftigten wieder Tritt gefasst, die Wachstumsprognosen für dieses Jahr liegen bei über drei Prozent, die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit 1992, im Osten gibt es erstmals seit der Wiedervereinigung wieder weniger als 1 Million Erwerbslose. Besonders erfreulich: Die Belegung am Arbeitsmarkt erreicht Alt und Jung. Seit 2005 hat die Zahl der Beschäftigten zwischen 55 und 65 um mehr als eine Million zugenommen. Bei den Unter-25-jährigen hat sich die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen seit 2005 halbiert.

Den Lehren aus der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise und der Euro-Rettung lassen wir Taten folgen – national wie international. Auf europäischer Ebene wurden ge-

meinsam mit dem Europäischen Parlament u.a. neue Transparenzregeln für Ratingagenturen und Finanzprodukte, strengere Eigenkapitalanforderungen sowie eine verbesserte Finanzaufsicht beschlossen. Die Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts wird von uns vorangetrieben. Die Verschuldung im Bundeshaushalt wird zurückgeführt. Wir wollen nicht mehr auf Kosten nachfolgender Generationen leben!

Wenn die weitere wirtschaftliche Entwicklung sowie die Situation in den öffentlichen Haushalten – unter Beachtung der Schuldenbremse – zu entsprechenden Spielräumen führt, wollen wir insbesondere eine weitere steuerliche Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen als nächsten Schritt zu einem einfacheren, leistungsgerechteren Steuersystem. Wichtige Schritte zur Vereinfachung unseres Steuersystems werden wir schon im nächsten Jahr umsetzen.

Die Arbeitswelt in zwanzig Jahren wird anders sein als heute. Der demographische Wandel verändert ihr Gesicht. Wir werden weniger Erwerbstätige haben und insgesamt eine ältere Bevölkerung sein. Wenn wir die Weichen richtig stellen, können daraus Chancen für Menschen erwachsen, die bisher eher am Rand standen. Wir wollen die Menschen gezielt für die anstehenden Aufgaben qualifizieren und fördern. Ziel müssen dabei sozial- und arbeitsrechtlich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse sein.

Die CDU wird sich in diesem Zusammenhang programmatisch auch mit den Wachstumsperspektiven Deutschlands für die nächsten Jahrzehnte auseinandersetzen. Dabei geht es sowohl um unser Verständnis von Wohlstand wie um die Prinzipien, mit denen wir die vor uns liegenden ökonomischen, gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen bewältigen wollen. In diesem Zusammenhang wird auch zu prüfen sein, ob die Kennzahl „Bruttoinlandsprodukt“, welche die Entwicklung der Volkswirtschaft misst, ergänzt werden sollte um Indikatoren, die die Lebensqualität und Zufriedenheit der Bürger darstellen.

2. Nachhaltige Energiepolitik

– Ernsthaftigkeit statt Ideologie –

Die CDU hat den Wählerinnen und Wählern vor der Wahl zugesagt, dass wir uns als erste Regierung zutrauen, ein langfristiges Energiekonzept zu erarbeiten und umzusetzen, das unserem Leitbild einer sicheren, sauberen und bezahlbaren Energieversorgung für

Deutschland folgt. Wir wollen eine der energieeffizientesten und umweltschonendsten Volkswirtschaften der Welt werden und zugleich wettbewerbsfähige Energiepreise und eine zuverlässige Energieversorgung sicherstellen.

Wir haben Wort gehalten und ein sehr anspruchsvolles Energiekonzept verabschiedet: Im Jahr 2050 wollen wir die Energieversorgung einer modernen und leistungsfähigen Industriegesellschaft zu bezahlbaren Preisen ermöglichen, bei der die erneuerbaren Energien den Hauptanteil übernehmen. Erstmals in der Geschichte unseres Landes wird ein gleichsam realistischer und ehrgeiziger Weg in das Zeitalter Erneuerbarer Energien aufgezeigt und gegangen. Langfristig werden die Erneuerbaren Energien mehr als 50 Prozent der Energieversorgung übernehmen. Bis zum Jahr 2050 soll ihr Anteil am Bruttostromverbrauch 80 Prozent erreichen. Zugleich soll der Energieverbrauch durch den Einsatz hocheffizienter Technologien auf etwa die Hälfte des heutigen Standes sinken. Wir wollen bis 2020 die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent gegenüber 1990 vermindern. Wer, wenn nicht die Industrie- und Innovationsnation Deutschland soll diese Ziele erreichen und damit weiterhin „Made in Germany“ auch als internationalen Maßstab verteidigen?

Die grundlastfähigen und im weltweiten Vergleich sichersten Kernkraftwerke in Deutschland sind heute ein fester Bestandteil unseres Energiemixes. Eine befristete Verlängerung ihrer Laufzeiten um durchschnittlich 12 Jahre erleichtert den Weg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien, indem Strompreise gedämpft, Energieimporte aus dem Ausland vermindert und Treibhausgas-Emissionen vermieden werden. Die Kernenergie hat im Energiemix Deutschlands eine Brückenfunktion: Sie wird nicht länger eingesetzt als es notwendig ist. Durch technologische Innovationen wollen wir auch die Voraussetzungen für eine klimaneutrale Verstromung fossiler Energieträger, wie z. B. von heimischer Braunkohle, schaffen und damit auch die Abhängigkeit von Energieimporten mindern. Im Hinblick auf eine weltweite Vermarktung innovativer Lösungen ist es wichtig, selbst Erfahrungen mit neuen Technologien zu sammeln. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur künftigen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Über das Energiekonzept hinaus bedarf es eines grundlegenden Strukturwandels bei der

Energieversorgung. Damit erneuerbare Energien in Zukunft als verlässliche Energieträger dienen, müssen die Infrastruktur, zum Beispiel mit Blick auf die notwendigen Energieverbindungsleitungen, ausgebaut und weiterhin große Anstrengungen bei Forschung und Entwicklung unternommen werden, um die Technologieführerschaft deutscher Unternehmen zu sichern. Da wir im Bereich der Energieversorgung vor großen Veränderungen stehen, wollen wir diesen Gestaltungsprozess transparent ausgestalten und durch eine breite Informationsvermittlung zu einem Klima des Verständnisses beitragen.

3. Nachhaltige Mobilität – Gestaltung statt Verhinderung –

Mobilität ist ein unverzichtbarer Bestandteil des modernen Lebens. Sie ist Ausdruck von individueller Freiheit und ermöglicht den Transport von Menschen und Gütern in einer immer stärker vernetzten Wirtschafts- und Arbeitswelt. Gerade für exportorientierte Nationen wie Deutschland ist der freie Verkehr von besonderer Bedeutung für zukünftigen Wohlstand. Die CDU stellt sich der Herausforderung, die nach wie vor steigenden Verkehrsbedürfnisse mit den Erfordernissen einer nachhaltigen Ausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft in Einklang zu bringen.

Nur wenn wir Antworten auf die vielfältigen Fragen zur Zukunft des Verkehrs entwickeln, wird Deutschland seinen Bürgern und der Wirtschaft eine funktionsfähige und zugleich nachhaltige Mobilität gewährleisten können. Die CDU wird daher eine Kommission einsetzen, die sich mit der Zukunft der Mobilität auseinandersetzt, ein Infrastrukturkonzept für die Bereiche Luft, Schiene, Straße und Wasser entwickelt und Lösungsvorschläge für eine nachhaltige und verlässliche Finanzierung erarbeitet.

Aufgrund der überragenden Bedeutung des Automobils und des Verkehrsträgers Straße für unsere Industrienation kommt dabei der Zukunft der Auto-Mobilität eine Schlüsselrolle zu. Der Automobilbau steht vor einer „Revolution“. Die CDU will Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Wissen und vor allem Arbeitsplätze im Bereich alternativer und hybrider Antriebstechnologien in Deutschland entstehen und gesichert werden. Zudem gilt es in den Bereichen Antriebs- und Fahrzeugtechnik, Luftreinhaltung und Lärm Maßstäbe für den globalen Wettbewerb zu setzen.

4. Bildungsrepublik Deutschland **– Chancengerechtigkeit statt Gleichmacherei –**

Die CDU hat den Wählerinnen und Wählern versprochen, dass trotz Krisenbekämpfung der Bildungsbereich ein Schwerpunkt künftiger Anstrengungen wird. Wir sind davon überzeugt, dass unser Land nur dann weiter erfolgreich sein kann, wenn wir in Bildung und Forschung investieren.

Jeder Mensch hat Talente, die es zu entdecken und zu entwickeln gilt. Darauf aufbauend fördern wir individuelle Begabungen in jedem Lebensalter. Im schulischen Bereich stehen wir für das gegliederte Schulsystem. Die Bildungsrepublik Deutschland bleibt dabei unser Ziel: Allein bis Ende 2013 gibt die christlich-liberale Koalition zwölf Milliarden Euro zusätzlich für Bildung und Forschung aus. Die massiven Bildungs- und Forschungsanstrengungen von Staat und Wirtschaft haben Deutschland zurück an die Spitze der weltweiten High-tech-Nationen geführt. Das deutsche Wissenschaftssystem hat sich gleichzeitig sehr dynamisch und leistungsfähig weiterentwickelt mit Initiativen wie dem Hochschulpakt für mehr Studienplätze, dem Exzellenzwettbewerb für Spitzenforschung an Hochschulen, der Wissenschaftsfreiheitsinitiative und Anreizen für die internationale Vernetzung. Leistungsfähige Forschungsorganisationen wie Deutsche Forschungsgemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaft erhalten verlässliche Mittelsteigerungen von 5 Prozent jährlich.

Deutsche Unternehmen haben ihre Forschungsanstrengungen in den letzten Jahren um mehr als 20 Prozent gesteigert und selbst in der Wirtschaftskrise nicht zurückgefahren. Experten attestierten deutschen Unternehmen die höchste Innovationsfähigkeit von 133 untersuchten Ländern.

Die „Eintrittskarte“ für die Wissensgesellschaft ist eine ausgezeichnete Bildungs- und Technologiepolitik. Dabei können wir auf die Erfolge der Union in der Bildungs- und Technologiepolitik aufbauen. Es ist allerdings nötig, weniger über Strukturen und mehr über Bildungsinhalte und Bildungsziele zu diskutieren. Deshalb werden wir ein bildungspolitisches Programm erarbeiten, das wir beim Bundesparteitag 2011 beschließen wollen.

5. Förderung der Familien

– Wertvollster Schatz statt Vergangenheit –

Die CDU stützt diejenigen, die unsere Gesellschaft stützen. Das sind zuallererst die Familien in Deutschland. Für eine optimale Förderung der Familien braucht es mehr als Geld. Für echte Wahlfreiheit benötigen Familien Infrastrukturangebote und noch viel wichtiger: Zeit füreinander. Dabei unterstützen wir auch diejenigen, die vorübergehend ganz oder teilweise auf Berufstätigkeit und Einkommen verzichten, um ihre kleinen Kinder zu Haus zu betreuen. Seit Beginn unserer Regierungsverantwortung haben wir die Familienpolitik in das Zentrum unseres Handelns gestellt. Das setzen wir konsequent fort.

Im Mittelpunkt unserer Politik stehen Familien mit Kindern und das Bemühen, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sich möglichst viele Menschen zutrauen, ihr Leben durch die Gründung einer Familie zu bereichern. Ein Baustein dazu ist, Familien mit Kindern finanziell zu entlasten: Zu Beginn des Jahres 2010 wurden das Kindergeld und die Kinderfreibeträge erhöht sowie der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende angehoben. Dadurch werden besonders Familien in unteren und mittleren Einkommensbereichen gefördert. Um Kinder vor Armut zu bewahren, wollen wir den Kinderzuschlag für gering verdienende Eltern weiter verbessern und den Unterhaltsvorschuss künftig bis zum 14. Lebensjahr gewähren. Ein zweiter Baustein ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die sich viele Mütter und Väter wünschen. Trotz der notwendigen Sparanstrengungen steht die Union zu dem von uns durchgesetzten Rechtsanspruch, eine bedarfsgerechte Betreuung für Kinder unter drei Jahren bis 2013 zu schaffen. Bund und Länder werden gemeinsam das ehrgeizige Ziel erreichen. Ein dritter Baustein schließlich ist die Vereinbarkeit von Beruf und der häuslichen Pflege von Angehörigen. Daher werden wir ein Konzept zur Familienpflegezeit entwickeln.

6. Herausforderung Demografie annehmen – Den Wandel gestalten statt ignorieren –

Die größte Aufgabe der kommenden Jahrzehnte liegt in der Gestaltung des demografischen Wandels. Deutschland zählt neben Japan zu der ältesten Bevölkerung der Welt. Das Durchschnittsalter in Deutschland hat sich in den letzten 20 Jahren um rund sieben Jahre auf derzeit 42 Jahre erhöht und wird bis 2030 auf 48 Jahre weiter ansteigen. Gleichzeitig geht die Zahl der Menschen, die in unserem Land lebt, kontinuierlich zurück. Im Jahr 2030 werden nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes unter 80 Millionen Menschen in Deutschland leben und bis 2050 könnte die Zahl auf unter 70 Mio. zurückgehen. Das wäre ein Rückgang, der der Einwohneranzahl von Berlin und aller Landeshauptstädte zusammen entspricht. Diese Veränderungen wirken sich unmittelbar auf die sozialen Sicherungssysteme aus. Deshalb ist es so wichtig, dass Renteneintrittsalter schrittweise auf 67 Jahre zu erhöhen und das Potenzial der hervorragend ausgebildeten und gesunden älteren Menschen für die Entwicklung unserer Gesellschaft – u. a. durch altersgerechte Arbeitsbedingungen – zu nutzen. Damit erreichen wir gleichzeitig ein positives und zeitgemäßes Bild vom Alter. Deshalb ist es richtig, dass wir durch einen Dreiklang aus Ausgabendämpfungen, Beitragssatz-Anpassungen und der Weiterentwicklung der Zusatzbeiträge die gesetzliche Krankenversicherung auf solide Füße stellen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir in der Pflegeversicherung die Pflegebedürftigkeit neu definieren und neben dem bewährten Umlageverfahren eine Ergänzung durch Kapitaldeckung schaffen, die verpflichtend, individualisiert und generationengerecht ausgestaltet sein muss.

Aber der demografische Wandel betrifft nicht nur die sozialen Sicherungssysteme, sondern die ganze Gesellschaft. Deshalb ist die Gestaltung dieses Wandels zentral für die Zukunft unseres Landes.

Wir werden in der Bundesregierung eine umfassende Demografiestrategie erarbeiten, die alle Politikbereiche einbezieht und damit den Querschnittscharakter der Aufgabe unterstreicht. Bildung und Wissenschaft müssen dabei ebenso Priorität haben, wie eine nachhaltige Wirtschafts-, Finanz- und Infrastrukturpolitik sowie die Stärkung des Ehrenamtes. Mit einer Kultur des Wandels, die durch langfristiges Denken und den Mut zu innovative

Lösungen die Chancen nutzt, die in der Veränderung unserer Bevölkerungsstruktur liegen, wollen wir die Grundlage schaffen, damit Deutschland seine Leistungskraft, seinen Wohlstand und seine soziale Sicherheit bewahren kann. Als Union der Generationen arbeiten wir für eine Gesellschaft, in der sich Jung und Alt gegenseitig schätzen und unterstützen.

7. Stärkung Kommunen

– Miteinander statt Nebeneinander –

Die CDU steht für Subsidiarität. Was vor Ort geleistet werden kann, soll auch dort verantwortet werden. Wir erkennen die Leistungen der Städte und Gemeinden ausdrücklich an und nehmen die Herausforderungen sehr ernst.

Die Bundesregierung hat die Gemeindefinanzreformkommission eingesetzt. Sie soll Wege aufzeigen, um strukturelle Defizite zu beheben, kommunale Einnahmen unabhängiger von der konjunkturellen Entwicklung zu gestalten, Standards zu flexibilisieren sowie Kommunen besser an der Gesetzgebung des Bundes und der Europäischen Union zu beteiligen. Wir stehen dafür ein, dass die Entscheidungen im Konsens mit den Kommunen getroffen werden.

Durch sinkende Kinderzahlen, steigende Lebenserwartung und abnehmende Bevölkerungsdichte sind unsere Kommunen und ländlichen Räume besonders von den demografischen Veränderungen betroffen. Wir werden diese Regionen darin unterstützen, ihre Aufgaben für die Menschen zu erfüllen und neue Lösungen zur Vorhaltung kommunaler Infrastrukturleistungen zu entwickeln. Dabei geht es auch um die Frage, wie wir in dünnbesiedelten Regionen die Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen und einer hochwertigen medizinischen Versorgung sicherstellen können, um überall gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen.

8. Zuwanderungs- und Integrationspolitik – Deutsches Interesse statt Multi-Kulti –

Die jüdisch-christliche Tradition, das Erbe der Antike, die Aufklärung und unsere historischen Erfahrungen sind die Grundlage für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und bilden die Leitkultur in Deutschland. Unser Land profitiert von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die hier arbeiten und sich in unsere Gesellschaft einbringen. Deutschland profitiert aber nicht von einer Minderheit, die sich nicht integrieren, nicht unsere Sprache lernen will und ihren Kindern Teilhabe und Aufstieg verwehrt.

Über eine halbe Million Unternehmerinnen und Unternehmer mit Zuwanderungsgeschichte schaffen Arbeitsplätze und leisten viel für die Wirtschaftskraft unseres Landes. Erfolgreiche Zuwanderer zeigen, welche Chancen mit gelungener Integration verbunden sind. Aufstiegs- und Mitgestaltungsbereitschaft von Menschen, die in unser Land kommen, wollen wir gezielt fördern. Vor allem die aktive Einbindung in Arbeitswelt und Politik sowie Kultur und Sport ist eine gute Basis für ein gelingendes Miteinander von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und einheimischer Bevölkerung.

Für qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber mit Zuwanderungsgeschichte wollen wir den öffentlichen Dienst gezielt öffnen und insbesondere den Anteil von Polizistinnen und Polizisten sowie Lehrerinnen und Lehrern mit Zuwanderungsgeschichte weiter erhöhen. Ihre Biographien müssen stärker in der Öffentlichkeit transportiert werden, damit sich junge Menschen an ihrem Bildungserfolg orientieren können.

In unserer Regierungsverantwortung haben wir Rot-Grüne Multi-Kulti Politik beendet und die Integrationspolitik unter das Leitmotto „Fördern und Fordern“ gestellt. Dafür stehen der Nationale Integrationsplan, die Integrationsgipfel, die Deutsche Islam Konferenz, aber auch die vielfältigen Anstrengungen in den unionsgeführten Ländern. Wir haben damit die Integrationspolitik an unseren Interessen ausgerichtet und Schluss gemacht mit einer Politik falsch verstandener Toleranz.

Entscheidend für eine erfolgreiche Integration sind gute Deutschkenntnisse und eine so-

lide Bildung. Um die Sprachfähigkeit zu fördern und vor Zwangsehen zu schützen, haben wir den Nachweis einfacher Sprachkenntnisse vor dem Nachzug ausländischer Ehegatten durchgesetzt. In den von der CDU regierten Ländern wurden Sprachstandstests vor der Einschulung und anschließende Sprachförderung eingeführt. Und wir haben den Einbürgerungstest neu geschaffen: Wer Deutscher werden will, muss neben Kenntnissen der deutschen Sprache Kenntnisse unserer Rechtsordnung, Kultur und Geschichte vorweisen. Zudem haben wir ein zum Teil verpflichtendes Angebot an Integrationskursen geschaffen. Mit der Einführung des Islamunterrichts unter staatlicher Aufsicht und in deutscher Sprache sehen wir die Chance, das friedliche Zusammenleben Angehöriger aller Religionen weiter zu verbessern.

Integration erfordert aber auch Konsequenz. Deshalb treten wir Integrationsverweigerern entschieden entgegen. Hierzu braucht es einen starken Staat – auch im Interesse der großen Mehrheit rechtstreuer Zuwanderer. Wer sich seinen Pflichten entzieht, für den sind Sanktionen mit Folgen für seinen Aufenthaltsstatus und seine Leistungsansprüche vorgesehen. In Fällen von Integrationsverweigerung darf es keine Toleranz mehr geben. Wir werden deshalb künftig noch stärker dafür Sorge tragen, dass die Sanktionsmöglichkeiten konsequent angewandt werden und prüfen, ob weitere Verschärfungen notwendig sind.

So wie unsere Rechtsordnung rechtsfreie Räume weder hinter verschlossenen Türen noch auf den Straßen und Plätzen duldet, dürfen keine Parallelgesellschaften akzeptiert werden. In Deutschland gilt das Grundgesetz. Artikel 1 besagt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Im Kampf gegen die Zwangsehe schaffen wir einen eigenständigen Straftatbestand. Wir müssen genauer hinschauen, wo Unrecht geschieht. Wenn religiös übermittelte Traditionen zu einer Missachtung der Menschenwürde, der Menschenrechte und unserer Rechtsordnung führen, beispielsweise beim erzwungenen Tragen einer Ganzkörperverschleierung, dürfen wir dies nicht akzeptieren und erwarten – über die angemessenen Sanktionen im Einzelfall hinaus – auch und gerade von den muslimischen Verbänden ein erkennbareres Gegensteuern. Die CDU ruft deshalb die muslimischen Verbände zur Zusammenarbeit auf.

Die CDU will Zuwanderung so steuern, dass wir die Fachkräfte bekommen, die wir brau-

chen. Gleichzeitig setzen wir alles daran, das heimische Potenzial an Qualifikationen und Fachkräften besser zu nutzen. Künftig müssen Arbeitgeber schneller Klarheit erhalten, ob ein vorhandenes Angebot auf dem deutschen Arbeitsmarkt der beabsichtigten Beschäftigung eines ausländischen Arbeitnehmers entgegensteht.

Selbstverständlich stehen wir als christlich geprägte Partei zu unseren humanitären Verpflichtungen. Eine Zuwanderung, die darauf gerichtet ist, die sozialen Sicherungssysteme unseres Landes auszunutzen, lehnen wir aber ab.

Die Möglichkeit der Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und Berufsqualifikationen wollen wir verbessern. Insgesamt brauchen wir eine Kultur, mit deren Hilfe wir eine schnelle und erfolgreiche Integration ermöglichen.

9. Landwirtschaft und Verbraucherschutz

– Mündige Verbraucher und fairer Wettbewerb statt Bevormundung –

Die CDU steht für starke mündige Verbraucher und eine wettbewerbsfähige deutsche Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der ländlichen Räume und ist mit ihrer Kultur der Eigenverantwortung und mit ihrem modernen Unternehmertum ein bedeutendes gesellschaftspolitisches Element.

Zu den zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gehört die Versorgung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln, nachwachsenden Rohstoffen und sauberer Energie. Wobei die Nahrungsmittelproduktion den Vorrang vor der Energieproduktion hat.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat der Landwirtschaft mit einem Sonderprogramm über die Wirtschaftskrise hinweggeholfen. Heute sind unsere landwirtschaftlichen Betriebe stabil und deutlich gestärkt. Deutschland ist inzwischen der drittgrößte Agrarexporteur weltweit. Eine Sicherung des hohen fachlichen Niveaus in der Land- und Ernährungswirtschaft kann nur durch Stärkung der Forschung, Ausbildung und Beratung erreicht werden.

Die deutschen Bauern können sich auf die CDU verlassen. Wir werden ihre Interessen bei

den Verhandlungen um die Reform der EU-Agrarpolitik 2013 nachdrücklich vertreten und halten an den Direktzahlungen fest.

Verbraucher können heute aus einem großen Angebot auswählen und sind gleichzeitig gefordert wie nie. Ziel unserer Politik ist ein ausreichender Schutz und Rahmenbedingungen, die den Verbrauchern eigenverantwortliches und ethisches Handeln ermöglichen. Verbraucherbildung, zuverlässige Informationen über Produkte und Dienstleistungen sowie faire, wettbewerblich organisierte Märkte sind wesentliche Bestandteile unserer Verbraucherpolitik. Wir werden die Lebensmittelsicherheit und -kennzeichnung weiter verbessern, den Anlegerschutz vorantreiben und dafür sorgen, dass die Verbraucher die vielfältigen Chancen des Internets und der digitalen Welt sicher und unter fairen Bedingungen nutzen können.

10. Digitale Kultur

– Annehmen und einbeziehen statt ausblenden –

Es ist unser Ziel, die Möglichkeiten des Internets in allen Lebensbereichen optimal nutzbar zu machen und den Standort Deutschland als moderne Informations- und Kommunikationsgesellschaft weiter zu entwickeln. Ein Netz ohne staatliche Mindestregulierung entspricht nicht unserer Vorstellung von politischer Verantwortung. Gleichzeitig sind wir uns bewusst, dass zentrale und rein nationale Regelungen nur bedingt wirksam sind, gerade auch wenn es um Kriminalität im Internet geht. Fragen der Netzpolitik sind daher im europäischen und internationalen Dialog zu beantworten, Netzaktive und Branchenverbände werden wir dabei einbeziehen.

Dabei wird in der CDU die Abwägung zwischen „Freiheit“ und „Sicherheit“ stets eine wichtige Rolle spielen. So halten wir das Urheberrecht und das geistige Eigentum für schützenswerte Grundlagen von Innovation und Wirtschaftswachstum in unserer Gesellschaft. Auch ist es unserer Ansicht nach Aufgabe des Staates, etwa im Bereich des Daten-, Kinder-, Jugend- und Verbraucherschutzes, verbindliche Rahmenbedingungen für das Netz zu schaffen. Die CDU hat eine Arbeitsgruppe „Netzpolitik“ eingerichtet, die für den Bundesparteitag 2011 programmatische Positionen erarbeiten wird, mit denen wir diese Entwick-

lung fördern, den Herausforderungen begegnen und die Bürger über die Chancen und Risiken der digitalen Welt informieren können.

III. Ausblick

Unser Deutschlandbild beschreibt die Zielsetzung unserer Politik. Sie beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Die Perspektive auf die Zukunftsherausforderungen und unser Bekenntnis zu Bewährtem macht uns aus. Wir schärfen und entwickeln das Profil der CDU weiter. Wir haben den Anspruch, auch 60 Jahre nach Gründung auf der Bundesebene und im 20. Jahr der Deutschen Einheit, als einzige Volkspartei programmatischer Vorreiter zu sein und wichtige Debatten unseres Landes entscheidend zu prägen.

Wir bleiben die christlich geprägte Volkspartei, die deutschlandweit mit über zehntausend Funktions- und Mandatsträgern Verantwortung für unser Gemeinwesen übernimmt – mit unseren Ortsvorsitzenden und Ortsvorstehern, mit unseren Kreisverbänden und Ratsmitgliedern, mit unseren Bürgermeistern und Landräten, den Landesvorständen und Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneten sowie unseren Regierungsmitgliedern und Repräsentanten auf Landes-, Bundes- und Europa-Ebene. Der Idealismus aller unserer Mitglieder, ihre gemeinsame Überzeugung und ihre Bereitschaft zur ehrenamtlichen Mitarbeit, tragen unsere Partei auch in Zukunft.

Die CDU bleibt die Volkspartei der Mitte. Aus der Mitte heraus gestaltet sie seit über 60 Jahren unser Land und übt Anziehung auf Wähler rechts und links der Mitte aus. Dabei hat sich die Union auf der festen Grundlage ihrer Überzeugungen ständig erneuert, sich den jeweiligen Herausforderungen der Zeit gestellt und geistig-politische Führung bewiesen. Dies bleibt unser Anspruch. So werden wir auch künftig auf die Zustimmung unserer treuen Stammwählerinnen und Stammwähler setzen und zugleich immer wieder neue Wählerinnen und Wähler gewinnen können, um als starke Volkspartei die Zukunft unseres Landes zu gestalten. Wir schöpfen Kraft aus unseren konservativen, liberalen und christlich-sozialen Wurzeln. Wir bekennen uns zum christlichen Menschenbild, das diese Traditionen durchwirkt und miteinander verbindet.

Wir vertreten seit unserer Gründung vor über 60 Jahren das deutsche Volk und die deutschen Interessen. Aus unserer Integrationskraft leiten wir die Aufgabe ab, einer Zersplitterung der Parteienlandschaft entschlossen entgegenzutreten. Damit bekennen wir uns dazu, die Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen, sie beim Namen zu nennen und Lösungen zu erarbeiten. Das schließt ein, dass wir für unsere Positionen entschlossen eintreten und werben, um die Bürgerinnen und Bürger zu überzeugen und ihnen Orientierung zu bieten.

Wir finden uns nicht mit dem Vertrauensverlust in Parteien, Kirchen und den unsere Gesellschaft tragenden Institutionen ab. Wir geben Werten Zukunft und den Bürgern unseres Landes eine politische Heimat, die an unsere Werte glauben und der nächsten Generation ein liebens- und lebenswertes Land im Herzen Europas übergeben wollen.